

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 07.07.2015

Diskurs über den Weg zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung in Niedersachsen ermöglichen - Ideologische Kampfrhetorik beenden - Modernen Stallbau fördern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Nutztierhaltung in Niedersachsen hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem wirtschaftlich sehr erfolgreichen Sektor entwickelt. Es wurden große Fortschritte in Bezug auf die Ressourceneffizienz erzielt. Dennoch hat sich in der gesellschaftlichen Diskussion über dieses Thema ein Spannungsfeld zwischen den beteiligten Akteuren gebildet. Um die gesellschaftlichen Anforderungen an die Nutztierhaltung und die Realität der landwirtschaftlichen Produktion stärker in Einklang zu bringen, sind politische Maßnahmen ebenso erforderlich wie ein intensiver Diskurs zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik unter Einbeziehung der Wissenschaft. Dieser kann jedoch nur gelingen, wenn der derzeit sehr starken Fokussierung der öffentlichen Diskussion auf die Rolle der Betriebsgröße für den Tier- und Umweltschutz entgegengewirkt wird. Wenn der notwendige Entwicklungsprozess in der Tierhaltung nicht zu einer lähmenden Stagnationsphase führen soll, ist es auch wichtig, bei diesen Fehlentwicklungen in der gemeinsamen Debatte gegenzusteuern. Besonders landwirtschaftliche Betriebe mit einer größeren Anzahl gehaltener Tiere werden in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung oft mit den Begriffen „Massentierhaltung“ bzw. „industrielle Tierproduktion“ versehen und so gesellschaftlich problematisiert. Dabei gibt es einen deutlichen Kontrast zwischen der öffentlichen Forderung nach Veränderungen in der Tierhaltung und dem Marktanteil von extensiv produziertem Fleisch, dessen Anteil an der Gesamtproduktion in Deutschland bei Schweine- und Geflügelfleisch unter 1 % liegt.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. im Diskussionsprozess über eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung in Niedersachsen auf ideologische Begriffe wie „Massentierhaltung“ zu verzichten, um eine Diskussionskultur zu fördern, die an einem Vorankommen in der Sache orientiert ist,
2. die finanziellen Mittel des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) auf mindestens 40 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken und die für die Teilnahme geltenden Tierobergrenzen pro Betrieb aufzuheben.

Begründung

Nach derzeitigem Kenntnisstand hat die Betriebsgröße gegenüber anderen Einflussfaktoren einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das Tierwohl. Eine eindeutige Aussage bezüglich des Zusammenhangs zwischen Herdengröße und Tierwohl lässt sich aus der bisherigen Forschung nicht ableiten. Es liegt die Vermutung nahe, dass andere Aspekte, wie beispielsweise das Betriebsmanagement oder die Ausbildung sowie Motivationen und Einstellungen der tierbetreuenden Personen stärkere Einflüsse auf das Tierwohl haben. Bei der Milchkuhhaltung ist beispielsweise der Effekt zu beobachten, dass mit den Boxenlaufställen in den letzten Jahrzehnten ein Haltungssystem mit positiven gesundheitlichen Wirkungen gegenüber der Anbindehaltung eingeführt wurde, das heute bei größeren Unternehmen Standard ist, während es noch relativ viele kleinere Betriebe mit Anbindehaltung gibt. Die Diskussion über „Massentierhaltung“ und „industrielle Tierproduktion“, die in den Medien hohe Resonanz findet, legt einen starken strukturpolitischen Fokus nahe, der den tatsächlichen Zusammenhängen nicht gerecht wird und die gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen Öffentlichkeit und Branche um mehr Tierschutz erschwert. Dass die Diskussion um

Tier- und Umweltschutz so stark als Diskurs um die „Massentierhaltung“ gerahmt wird, zeigt, dass in der öffentlichen Debatte verschiedene Themen ineinander laufen und Stellvertreterdiskurse geführt werden. Mehr Tierwohl und Umweltschutz ist auch bei Betriebsgrößen, die in der Diskussion der „Massentierhaltung“ zugeordnet werden, sehr wohl möglich. Im Gegensatz zur Größendiskussion ist z. B. eine stärkere Fokussierung der Maßnahmen auf das betriebliche Management und auf ergebnisbezogene Indikatoren für Tierwohl und für Umweltschutz zielführender. Diese Maßnahmen stoßen in der Landwirtschaft außerdem auf höhere Akzeptanz.

Das Volumen des AFP betrug bis einschließlich 2013 40 Millionen Euro durchschnittlich pro Jahr und hat Investitionen von 250 Millionen Euro jährlich angestoßen. Davon profitierten auch das Baugewerbe und Handwerksfirmen auf dem Land. Im Jahr 2014 wurde die AFP-Förderung auf 10 Millionen Euro reduziert. Durch eine Aufstockung der Mittel auf die Höhe der vorherigen Jahre könnten mehr moderne Ställe gefördert und so das Tierwohl verbessert werden. Die aktuell für die Teilnahme am AFP geltenden Obergrenzen von 300 Rindern, 1 500 Mastschweinen und 15 000 Legehennen bewirken keine Tierwohlverbesserung. Sie sorgen im Gegenteil dafür, dass Tiere auf größeren Betrieben nicht durch tierwohlverbessernde Maßnahmen profitieren.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer